

Der Fahrplan für die Tarifrunde: Wie geht's jetzt weiter?

Am 31. Dezember 2017 um Mitternacht endet die Friedenspflicht.

Am 8. Januar 2018 beginnen die Warnstreiks in den ersten bayerischen Betrieben.

Am 15. Januar findet die dritte Verhandlung in Nürnberg statt.

Angebot des vbm:

- 2% mehr Geld
- einmal 200€
- Laufzeit 15 Monate
- Ausweitung der Arbeitszeit (bis zu 42h)

Forderungspaket der IG Metall:

- + 6% mehr Geld
- + Laufzeit 12 Monate
- + Wahloption auf kürzere Arbeitszeit (bis 28h, bis zu zwei Jahre, mit Rückkehrrecht)

Zuschuss bei belastender Arbeitszeit (Schichtarbeiter) (750 €/Jahr)

Zuschuss bei Kinderbetreuung oder Pflege (200 €/Monat)

Entgeltzuschuss - warum?

Die verkürzte Vollzeit darf nicht zum Privileg einer Minderheit werden, das Beschäftigte der unteren Entgeltgruppen ausschließt. Gerade bestimmten Beschäftigtengruppen gegenüber haben die Arbeitgeber hier auch gesellschaftliche Verantwortung.

Darum soll einen Zuschuss von 200 Euro monatlich erhalten, wer die gewonnene Zeit nutzt, um im eigenen Haushalt Kinder unter 14 Jahren zu betreuen oder Angehörige zu pflegen.

Beschäftigte in Schichtarbeit oder anderen gesundheitlich besonders belastenden Arbeitszeitmodellen brauchen ebenfalls einen besonderen Ausgleich. Sie sollen daher einen Zuschuss von 750 Euro pro Jahr erhalten.

Zuschüsse gibt es bereits an anderer Stelle

Zuschüsse der Arbeitgeber in bestimmten Fällen sind nicht so exotisch, wie sie es jetzt darstellen. Es gibt bereits tariflich vereinbarte Beispiele – eine Auswahl:

- + Zuschuss zum Kurzarbeitergeld
- + Freistellung unter Fortzahlung zu bestimmten Anlässen (z. B. Umzug, Todesfälle ...)
- + Aufzahlung zum Krankengeld
- + Unterstützung bei Todesfall
- + Entgeltausgleich bei Leistungsminderung
- + Aufstockung bei der Altersteilzeit

Warnstreiks im neuen Jahr:

**MITEINANDER
FÜR MORGEN**

Vbm versperrt sich der Vernunft

Arbeitgeber laufen in die falsche Richtung

Die zweite Tarifverhandlung am Nikolaustag 2017 in München war durch zwei Aspekte geprägt:

Zum einen beharrten die Arbeitgeber auf ihrer Position, unsere Forderungen seien schädlich für die Unternehmen der bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Sie bieten mickrige zwei

Prozent mehr Geld für 15 Monate – und nichts zur Arbeitszeit.

Zum anderen haben stellvertretend für die rund 835.000 Beschäftigten der Branche in Bayern **4.200 Menschen** mit einer starken Aktion gezeigt, dass sie voll hinter der Forderung stehen.

Die starre Haltung der Arbeitgeber hat Folgen, denn am 31. Dezember um Mitternacht endet die Friedenspflicht.

Die Warnstreiks beginnen nicht in der Silvesternacht, sondern am 8. Januar. Dann aber starten wir mit umso mehr Schwung durch: **Miteinander für morgen!**





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jetzt ist Schluss mit lustig: Die Arbeitgeber haben in der zweiten Tarifverhandlung erneut unsere Forderung zurückgewiesen und realitätsferne eigene Vorstellungen dargestellt.

Wir fordern **sechs Prozent mehr Geld** und einen individuellen Anspruch auf Absenkung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für maximal zwei Jahre – die „kurze Vollzeit“.

Die **Arbeitgeber** bieten **zwei Prozent** mehr für 15 Monate, 200 Euro Einmalzahlung und **nichts zur Arbeitszeit**. Das ist bei der hervorragenden wirtschaftlichen Situation eine Provokation.

Diesen Gegensatz werden wir nicht ohne Druck in unserem Sinne auflösen. Nach einer Atempause über die Feiertage beginnen wir daher ab dem 8. Januar mit unseren **Warnstreiks**. Es wird sich zeigen, wie fest wir diese Schraube anziehen müssen, um uns durchzusetzen. Am Ende wird wie immer der Rückhalt in den Betrieben entscheidend sein: Lasst uns also **miteinander für morgen** kämpfen!

Euer  Bezirksleiter der IG Metall Bayern

Arbeitgeber: Katalog der Grausamkeiten

Die Arbeitgeber hätten gern ...

... individuelle (befristete oder unbefristete) Arbeitszeitvereinbarungen bis zu 42 Stunden ohne Quotenbeschränkung.

... bedarfsbedingt eine kollektive, vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit auf bis zu 41 Stunden bei zuschlagsfreiem Entgeltausgleich außerhalb von Mehrarbeit durch Betriebsvereinbarung.

... eine tarifliche Klarstellung, dass Zeitzuschläge nicht anfallen, wenn der Beschäftigte die Lage der Arbeitszeit selbst bestimmen kann.

... eine Erweiterung der Möglichkeiten und der Dauer der sachgrundlosen Befristungen im Rahmen der Öffnungsklausel im Teilzeit- und Befristungsgesetz.

... die **Abschaffung der bezahlten 3-Schicht-Pause, des Entgeltausgleichs bei Leistungsminderung und des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer_innen.**

Das hieße im Klartext ...

... eine Arbeitszeitverlängerung bis zu 42 Stunden. Momentan können nur 13 Prozent der Beschäftigten einen Vertrag über 40 Stunden abschließen.

... eine Regelung, die nicht nur für einzelne, sondern für alle eine Arbeitszeitverlängerung per Betriebsvereinbarung bedeutet. Betriebsräte müssten dies verhandeln, wenn der Betrieb es will. Es gäbe kollektive Mehrarbeit für alle, ohne Zuschläge.

... zu Hause arbeiten, unterwegs oder abends – für diese „Freiheit“ gäbe es keinen Zeitzuschlag mehr. Dabei ist der eigentliche Grund für solche Arbeiten meistens, dass die Arbeit fertig werden muss.

... die sachgrundlose Befristung im Tarifvertrag und die Ausweitung der Befristungsdauer auf künftig 48 Monate oder mehr.

... weitere finanzielle Verschlechterungen und weniger Sicherheit für ältere Arbeitnehmer_innen. **Das wird die IG Metall niemals akzeptieren!**

Praktiker berichten aus dem Betrieb



Auch Mittelstand investiert Anders als die Arbeitgeber behaupten, sind unsere Forderungen auch für den Mittelstand kein Problem. Bei uns wird am Hauptstandort im zweistelligen Millionenbereich investiert – für die Zukunft des Unternehmens mit dem Herzstück in Deutschland. Zu behaupten, die Forderungen förderten Verlagerungen ins Ausland, ist falsch, überzogen und polarisierend.

Simon Kruppa, Betriebsrat bei WIKA in Klingenberg

Beschäftigte spüren Widerstände In der betrieblichen Realität stoßen viele Wünsche nach Teilzeit auf Widerstände. Gibt es keine Betriebsvereinbarungen, bleiben die Bedürfnisse der Beschäftigten oft auf der Strecke. Mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit würde den Beschäftigten wichtige Freiräume geben. Davon würden auch die Betriebe profitieren.

Werner Zierer, Betriebsratsvorsitzender BMW Werk Regensburg



Fachkräfte gibt es genug Bei uns wird derzeit eingestellt. Wir sind dabei immer noch in der Lage, unseren Bedarf problemlos aus dem normalen Arbeitsmarkt zu decken. Man muss schon hinschauen, was genau die Arbeitgeber mit „Fachkräftemangel“ meinen: Geeignete Menschen gibt es gewiss genug, aber man muss eben auch bereit sein, sie bei Bedarf im Betrieb weiter zu qualifizieren!

Norbert Völkl, Betriebsratsvorsitzender bei SKF in Schweinfurt

Ausbildung immer anspruchsvoller Ein stressiger Arbeitstag vor der Abschlussprüfung, oft schon in der Übernahmeabteilung, ist kontraproduktiv. Auszubildende sind mit einer fortschreitenden Verdichtung von Inhalten konfrontiert, die Anforderungen werden immer anspruchsvoller. Deshalb brauchen wir bezahlte Freistellungstage vor allen Teilen der Abschlussprüfung.

Marco Kunz, Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Audi AG



Wettbewerbsfähig mit Tarifierhöhungen Nie haben Tarifierhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. In meiner langen Zeit als Mitglied des Aufsichtsrats bei der BMW Group wurde dies auf keiner Bilanzpressekonferenz jemals kritisch gesehen. Wenn Unternehmen wegen einer angemessenen Tarifforderung, wie der jetzigen, ins Ausland gehen, haben sie das Prinzip der Sozialpartnerschaft nicht verstanden.

Manfred Schoch, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der BMW AG